

No. 29561

**GERMANY
and
EUROPEAN SPACE AGENCY**

**Agreement concerning the European Astronauts Centre
(with annexes). Signed at Cologne-Porz on 10 May 1990**

Authentic texts: German, English and French.

Registered by Germany on 28 January 1993.

**ALLEMAGNE
et
AGENCE SPATIALE EUROPÉENNE**

**Accord relatif au Centre des Astronautes européens (avec
annexes). Signé à Cologne-Porz le 10 mai 1990**

Textes authentiques : allemand, anglais et français.

Enregistré par l'Allemagne le 28 janvier 1993.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER EUROPÄISCHEN WELTRAUMORGANISATION ÜBER DAS EUROPÄISCHE ASTRO-NAUTENZENTRUM

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
(im folgenden als „Regierung“ bezeichnet)

und

die Europäische Weltraumorganisation
(im folgenden als „Organisation“ oder „EWO“ bezeichnet) –

gestützt auf das Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation, das am 30. Mai 1975 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegt wurde und am 30. Oktober 1980 in Kraft getreten ist (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet), und insbesondere auf Artikel VI Absatz 1 Buchstabe a und Artikel XV Absatz 3 sowie auf seine Anlage 1,

unter Hinweis auf die in den vom Rat auf den Tagungen auf Ministerebene in Rom und Den Haag am 31. Januar 1985 und am 9. und 10. November 1987 angenommenen Entschließungen ESA/C-M/LXVII/Res. 1 (Final) und ESA/C-M/LXXX/Res. 1 (Final) enthaltenen Grundsätze für die Aufstellung und Durchführung des langfristigen europäischen Weltraumplans und seiner Programme, insbesondere die Ausweitung der bemannten Raumfahrttätigkeiten der EWO als wesentlicher Bestandteil einer Europäischen Orbitalen Infrastruktur (im folgenden als „IOI“ bezeichnet),

eingedenk der der Organisation nach ESA/PB-ARIANE/LXXXV/ Dec. 2 (Final), rev. 2, ESA/PB-COLUMBUS/XVIII/Dec. 1 (Final), rev. 3, ESA/C(89)62 und ESA/C(89)63 obliegenden Gesamtverantwortung für die Aufgaben im Zusammenhang mit den europäischen Astronauten und im besonderen für ihre Auswahl, Ausbildung, Qualifizierung und ihren Einsatz und für die Entwicklung der zugehörigen Ausrüstung, sowie der vom EWO-Rat am 28. Juni 1989 auf der Grundlage von ESA/C(89)9, rev. 1 angenommenen Entschließung ESA/C/LXXXVII/Res. 1 (Final), mit der ein „einziges europäisches Astronautenkorps für die Tätigkeiten und Programme der EWO“ eingerichtet wird,

im Hinblick vor allem auf die sich aus dem Columbus- und dem Hermes-Programm der Organisation ergebenden und erstmals in

der EWO-Ratsvorlage ESA/C(88)9 festgelegten Erfordernisse bezüglich Ausbildung, Qualifizierung und Führung der Astronauten sowie auf die Notwendigkeit, in Europa angemessen für unterstützende Astronautentätigkeiten im Zusammenhang mit dem Internationalen Raumstationsprogramm zu sorgen, einschließlich der Ausbildung von Besatzungsmitgliedern aus allen Partnerstaaten der internationalen Raumstation und möglicherweise aus anderen Ländern,

angesichts der Notwendigkeit, ein geeignetes, auf lange Sicht angelegtes Europäisches Astronautenzentrum für die Vorbereitung und Ausbildung des europäischen Flug- und Bodenpersonals zu schaffen, das Segmente der IOI der Organisation betreiben wird,

in Anbetracht der von deutschen Stellen und vor allem von der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. (im folgenden als „DLR“ bezeichnet) in der bemannten Raumfahrt gewonnenen Erfahrung und der Einrichtung eines Astronautenausbildungskomplexes in der DLR, der nach ESA/C(89)63 bestimmte Astronautenausbildungsaufgaben für die Organisation wahrnehmen wird –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Gegenstand des Abkommens

Artikel 1

Grundstück

(1) Die Regierung bestellt entsprechend einem zu schließenden Erbbaurechtsvertrag zugunsten der Organisation ein Erbbaurecht an dem Grundstück, eingetragen im Grundbuch von Sieglar, Bezirk Rhein-Sieg-Kreis, Blatt-Nummer 0552, Gemarkung Sieglar, Flur 18, Flurstück 235, im Flächeninhalt von 8 000 Quadratmetern, zum Zweck der Errichtung eines Europäischen Astronautenzentrums.

(2) Lage und Ausmaß des in Absatz 1 bezeichneten Grundstücks sind in Anlage 1 wiedergegeben. Die Vertragsparteien erkennen an und sind sich darüber einig, daß der in Anlage 1 enthaltene Plan eine für eine mögliche Erweiterung des Astronautenzentrums bestimmte Fläche einschließt.

(3) Der in Absatz 1 genannte Erbbaurechtsvertrag enthält die Bestimmung, daß die Organisation in bezug auf die Eintragung

des Erbbaurechts der deutschen Gerichtsbarkeit unterliegt. Der Vertrag enthält ferner die Bestimmung, daß in Fällen, in denen die Organisation nicht nach Artikel 10 Absatz 1 auf ihre Immunität von der Gerichtsbarkeit verzichtet, alle Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags auf Antrag einer der beiden Streitparteien einem Schiedsverfahren nach einer zu diesem Zweck von den beiden Vertragsparteien zu schließenden Vereinbarung zu unterwerfen sind. Dem Schiedsverfahren und dem Verfahren für die Vollstreckung des Schiedsspruchs wird deutsches Recht zugrunde gelegt.

(4) Die Organisation entrichtet für das nach Absatz 1 bestellte Erbbaurecht für die Dauer von 99 Jahren eine Vergütung in Höhe von insgesamt DM 100,- deren Rückerstattung in jedem Fall ausgeschlossen ist.

Artikel 2

Nutzung des Grundstücks

(1) Die Organisation hat das Alleinnutzungsrecht an dem Grundstück und den darauf zu errichtenden Bauwerken; die Nutzung erfolgt ausschließlich zur Förderung der im Übereinkommen genannten Zwecke der Organisation. Insbesondere kann sie das Grundstück einfrieden, Straßen darauf anlegen, das für den Betrieb des Astronautenzentrums erforderliche Gerät aufstellen und besitzen und nach Maßgabe der deutschen baurechtlichen Vorschriften alle von ihr für den ordnungsgemäßen Betrieb des Astronautenzentrums als notwendig erachteten Anlagen darauf bauen, besitzen und betreiben; sie kann außerdem alle von ihr als zweckmäßig erachteten Schilder, Tafeln und Flaggen anbringen.

(2) Die Organisation kann ferner als Teil ihrer eigenen Tätigkeit anderen an ihrer IOI mitwirkenden Organisationen (im folgenden als „für die IOI tätige Stellen“ bezeichnet) gestatten, auf dem Grundstück unter ausschließlicher Kontrolle und Verantwortung der EWO Gerät aufzustellen und Anlagen zu betreiben. Die Regierung erkennt an und ist damit einverstanden, daß die von den für die IOI tätigen Stellen im Astronautenzentrum ausgeübten Tätigkeiten für die Erfüllung des Auftrags des Zentrums wesentlich sind und verpflichtet sich daher, vorbehaltlich der innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften, die Aufstellung und den Betrieb dieses Geräts und dieser Anlagen auf dem Grundstück zu erleichtern sowie bei der Ein- und Ausfuhr des Geräts behilflich zu sein.

(3) Die in diesem oder in einem anderen Artikel genannten Nutzungsrechte an dem Grundstück umfassen im Verständnis der Vertragsparteien auch die damit einhergehenden und zur Erleichterung der Nutzung des Grundstücks notwendigen Zugangs-

rechte für Bedienstete und Auftragnehmer der EWO und für Besucher.

(4) Sobald sich infolge einer Änderung der Nutzung oder des Umfangs der im Astronautenzentrum unternommenen Tätigkeit eine Erweiterung des Grundstücks oder der darauf errichteten Bauwerke als erforderlich erweist, berät sich die Organisation mit der Regierung, die sich nach Kräften bemüht, dem Mehrbedarf zu den gleichen Bedingungen zu entsprechen, die nach diesem Abkommen für das Grundstück gelten.

Artikel 3

Vorbereitung des Grundstücks

Die Regierung stellt auf ihre Kosten sicher, daß das Grundstück in baureifen Zustand gebracht wird. Die von der Regierung hierfür zu erbringenden Leistungen sind in Anlage 2 aufgeführt.

Teil II

Allgemeine Unterstützung und Erleichterungen

Artikel 4

Allgemeine Unterstützung

(1) Die Regierung trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um die Organisation bei der Errichtung und der Sicherung des ordnungsgemäßen Betriebs des Europäischen Astronautenzentrums in der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen.

(2) Die Regierung erkennt an und ist damit einverstanden, daß bestimmte Dienstleistungen, Erleichterungen und Unterstützungsleistungen für den ordnungsgemäßen und wirksamen Betrieb des Europäischen Astronautenzentrums erforderlich sind; zu diesem Zweck wird gleichzeitig mit diesem Abkommen eine Sondervereinbarung zwischen der Organisation und der DLR geschlossen.

(3) Um die Anwendung des Abkommens am Ort zu erleichtern, arbeitet die Organisation eng mit den von der Regierung benannten Vertretern und den Kommunalbehörden zusammen.

Artikel 5

Fernmeldeeinrichtungen

Die Organisation hat das Recht, auf dem Grundstück Fernmeldesysteme zu betreiben. Die Regierung trifft die geeigneten

Verwaltungsmaßnahmen, um die Einrichtung und den Betrieb solcher Fernmeldesysteme in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften zu erleichtern; insbesondere veranlaßt sie die rechtzeitige Erteilung der erforderlichen Genehmigungen für die Aufstellung und den Betrieb fester und beweglicher Antennen und sonstigen Geräts für die Satellitenkommunikation.

Artikel 6

Internationaler Flughafen Köln/Bonn

Bei EWO-Bediensteten und bestimmten Besuchern findet die grenzpolizeiliche Ein- und Ausreisekontrolle an besonderen Abfertigungsstellen statt, soweit dem keine wichtigen Gründe entgegenstehen. Die Grenzbehörde wird von der Organisation jeweils rechtzeitig von der Einreise und Ausreise der bevorrechtigten Personen unterrichtet. Ausführliche Regelungen für die Durchführung dieses Artikels werden zwischen der Organisation und der Regierung vereinbart.

Teil III

Rechtsstellung und Zuständigkeit

Artikel 7

Anzuwendendes Recht und Gerichtsbarkeit

(1) Vorbehaltlich der Anlage 1 des Übereinkommens und sonstiger geltender Ergänzungsabkommen zwischen der Regierung und der Organisation nach Artikel XXVIII der Anlage 1 des Übereinkommens oder aufgrund der Anwendung des Artikels XIX des Übereinkommens unterliegt die Tätigkeit der Organisation in der Bundesrepublik Deutschland deutschem Recht. Sind die Beschäftigungsbedingungen eines Bediensteten der Organisation nicht in deren Personalordnung geregelt, so unterliegen sie deutschem Recht.

(2) Die Regierung erkennt die Wichtigkeit der Anwesenheit von Sachverständigen im Sinne des Artikels XVII der Anlage 1 des Übereinkommens, vor allem von Sachverständigen der für die IOI tätigen Stellen und anderer Raumfahrtorganisationen, im Astronautenzentrum an und verpflichtet sich daher, deren ungehinderte Einreise in die Bundesrepublik Deutschland und Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland nach besten Kräften zu erleichtern und ihnen auf Verlangen verwaltungstechnische Unterstützung im Zusammenhang mit ihrem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

(3) Für die Anwendung des Artikels 1 Absatz 3 und des Artikels 9 Absatz 2 gilt Köln als Sitz der Organisation.

Artikel 8

Verwaltungsverfahren

(1) Die in der Bundesrepublik tätigen Mitglieder des Personals der Organisation benötigen keine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis; ferner unterliegen sie nicht den deutschen Rechtsvorschriften über die Ausländermeldepflicht, sofern sie den in Absatz 3 genannten Ausweis besitzen; das gleiche gilt auch für die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen.

(2) Die Organisation unterrichtet die Regierung, wenn ein Mitglied des Personals seine Tätigkeit aufnimmt oder aufgibt. Ferner sendet sie der Regierung mindestens einmal jährlich eine Liste sämtlicher Mitglieder des Personals und der in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen zu. Sie gibt in jedem einzelnen Fall an, ob die betreffende Person Deutscher ist. „Deutscher“ ist, wer der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthaltenen Begriffsbestimmung entspricht.

(3) Die Regierung stellt den Mitgliedern des Personals der Organisation sowie den in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen einen Ausweis aus, der den Namen und Vornamen, den Geburtsort, die Staatsangehörigkeit sowie die Nummer des Passes oder Personalausweises enthält. Der Ausweis ist mit einem Lichtbild und der Unterschrift des Inhabers zu versehen. Er gibt an, daß der Inhaber die sich aus Anlage 1 des Übereinkommens ergebenden Vorrechte und Immunitäten genießt und daß der Ausweis eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ersetzt. Der Ausweis gilt nicht als Identitätsnachweis. Gibt die betreffende Person ihre Tätigkeit auf, so gibt die Organisation den Ausweis an die Regierung zurück.

Artikel 9

Schadenshaftung

(1) Wird die Bundesrepublik Deutschland infolge der Tätigkeit der Organisation in ihrem Hoheitsgebiet für Handlungen oder Unterlassungen der Organisation oder ihrer Bediensteten, die im Rahmen ihrer dienstlichen Obliegenheiten handeln oder es unterlassen zu handeln, international verantwortlich gemacht, so hat sie ein Rückgriffsrecht gegenüber der Organisation. Dieses Rückgriffsrecht gilt nicht, wenn die Regierung im Einzelfall dasselbe Recht nach Artikel 5 des am 8. September 1967 in Darmstadt geschlossenen Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Weltraumfor-

schungs-Organisation über das Europäische Operationszentrum für Weltraumforschung ausübt.

(2) Die Organisation ist für Rechtsverletzungen und Schäden verantwortlich, die von dem Grundstück ausgehen oder auf die Tätigkeit des Astronautenzentrums in der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen sind. Diese Verantwortlichkeit bestimmt sich vorbehaltlich der Anlage 1 des Übereinkommens nach deutschem Recht und läßt etwaige vertragliche Rückgriffsrechte der Organisation unberührt. Soweit Dritten Schäden entstehen, stellt die Organisation die Bundesrepublik Deutschland von Schadensersatzansprüchen frei.

Artikel 10

Verzicht auf Immunität

(1) Bei einer Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung des in Artikel 1 genannten Vertrags verzichtet die Organisation auf ihre Immunität von der Gerichtsbarkeit und der Vollstreckung, sofern die Angelegenheit nicht nach Ansicht des Rates der Organisation eine Grundsatzfrage von solcher Bedeutung betrifft, daß auf die Immunität nicht verzichtet werden kann.

(2) Die Organisation wendet Artikel IV Absatz 1 Buchstabe a der Anlage 1 des Übereinkommens so an, daß sie bei jeder unter Artikel XXVI dieser Anlage fallenden Streitigkeit, deren Streitwert 10 400 (zehntausendvierhundert) Rechnungseinheiten nicht überschreitet und die nicht gütlich beigelegt werden kann, auf ihre Immunität verzichtet, sofern die Angelegenheit nicht nach Ansicht des Rates der Organisation eine Grundsatzfrage von solcher Bedeutung betrifft, daß auf die Immunität nicht verzichtet werden kann.

Artikel 11

Haftpflichtversicherung

(1) Die Organisation unterhält eine Versicherung, die ihre Haftung nach diesem Abkommen hinreichend abdeckt. Dieser Versicherungsvertrag wird mit einer nach deutschem Recht zugelassenen Versicherungsgesellschaft geschlossen.

(2) Die Bestimmungen des Versicherungsvertrags werden in Konsultation mit den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland festgelegt.

(3) Der Versicherungsvertrag sieht vor, daß jede nicht zum Personal der Organisation gehörende Person, die einen Schaden oder eine Rechtsverletzung erleidet, für den die Organisation verantwortlich ist, ihre Ansprüche unmittelbar gegen den Versicherer geltend zu machen berechtigt ist.

Teil IV

Konsultationen und Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 12

Konsultationen

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich nach besten Kräften, alle gegebenenfalls auftretenden Schwierigkeiten durch frühzeitige und ausführliche Konsultationen zu überwinden.

(2) Beabsichtigen die Regierung oder die in ihrem Namen Handelnden, Maßnahmen zu ergreifen, welche die Tätigkeit des Astronautenzentrums behindern oder seine Rechtsstellung oder mögliche Erweiterung beeinträchtigen könnten, so erörtert die Regierung die Angelegenheit zunächst mit der Organisation und handelt so, daß die in diesem Abkommen begründeten Rechte der Organisation nicht gemindert werden.

Artikel 13

Schiedsverfahren

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die sich nicht durch Konsultationen zwischen den Vertragsparteien beilegen lassen, können von jeder der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet werden, das nach Artikel XVII Absätze 2 bis 6 des Übereinkommens und den im Zeitpunkt der Unterbreitung erlassenen ergänzenden Vorschriften entscheidet. Beabsichtigt eine der Vertragsparteien, eine Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, so notifiziert sie dies der anderen Vertragspartei.

(2) Bei Angelegenheiten, die nicht unter Bezugnahme auf dieses Abkommen oder das Übereinkommen gelöst werden können, wendet das in Absatz 1 genannte Schiedsgericht deutsches Recht an.

Teil V

Räumlicher Geltungsbereich

Artikel 14

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Weltraumorganisation innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Teil VI Schlußklauseln

Artikel 15

Rechtsstellung der Anlagen

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 16

Inkrafttreten, Revision, Außerkrafttreten

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien in Kraft.

(2) Dieses Abkommen kann auf Antrag einer der Vertragsparteien geändert werden. Änderungen werden an dem Tag wirksam, an dem die eine Vertragspartei der anderen schriftlich notifiziert, daß deren schriftlicher Änderungsvorschlag nach ihren Verfahren genehmigt worden ist.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von drei Jahren kündigen; die Kündigungsfrist beginnt am 1. Januar des Jahres, welches auf das Jahr folgt, in dem die Kündigung notifiziert wurde.

(4) Dieses Abkommen tritt mit der Auflösung der Organisation unter den in Artikel XXV des Übereinkommens vorgesehenen Bedingungen außer Kraft.

(5) Kündigt die Regierung das Übereinkommen nach Artikel XXIV des Übereinkommens, so tritt dieses Abkommen an dem Tag außer Kraft, an dem die Kündigung wirksam wird. Die Regierung verpflichtet sich, zwischen dem Tag der Kündigung und dem Tag, an dem sie wirksam wird, mit der Organisation über den Abschluß einer Sondervereinbarung nach Artikel XXIV Absatz 2 des Übereinkommens zu verhandeln. Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen und bis zu dem Tag, an dem die Kündigung wirksam wird, bleiben die Bestimmungen dieses Abkommens und die daraus erwachsenden Rechte und Pflichten gültig.

Artikel 17

Verfahren im Fall des Außerkrafttretens

(1) Bei Außerkrafttreten dieses Abkommens gemäß vorstehendem Artikel geht das in Artikel 1 genannte Erbbaurecht an die Regierung zurück. Im Fall der Anwendung des Artikels 16 Absatz 3 oder 4 sowie bei Erlöschen des Erbbaurechts durch Fristablauf wird der Betrag der Entschädigung, den die Regierung für

die in ihr Eigentum fallenden unbeweglichen Einrichtungen der Organisation zu leisten hat, einvernehmlich festgelegt.

(2) In den in Absatz 1 bezeichneten Fällen hat die Regierung das Vorkaufsrecht an den restlichen beweglichen Sachen der Organisation auf dem Grundstück.

(3) Bei Außerkrafttreten dieses Abkommens nach Artikel 16 Absatz 5 findet Artikel XXIV des Übereinkommens Anwendung.

[For the testimonium and signatures, see p. 257 of this volume — Pour le testimonium et les signatures, voir p. 257 du présent volume.]

ANLAGE 1

LAGEPLAN DES IN ARTIKEL 1 ABSATZ 1 BEZEICHNETEN GRUNDSTÜCKS¹

¹ See insert in a pocket at the end of this volume — Voir hors-texte dans une pochette à la fin du présent volume.

ANLAGE 2

LEISTUNGEN ZUR ERSCHLIESSUNG DES GRUNDSTÜCKS NACH ARTIKEL 3

Die Regierung stellt sicher, daß folgende Leistungen erbracht werden:

- a) Beschaffung des Grundstücks frei von Entschädigungen, Steuern und sonstigen Abgaben, Verwaltungsgebühren und Ersatzleistungen zur vollen Erschließung für einen Komplex ausgestatteter Bauwerke;
- b) Vermessung des Grundstücks;
- c) Vorbereitung des Grundstücks einschließlich Rodung und Abräumen;
- d) Verlegung folgender Anschlüsse an öffentliche Versorgungsnetze bis zur Grundstücksgrenze:
 - Wasser während der Bauarbeiten und danach auf Dauer;
 - Kanalisation gegebenenfalls einschließlich Bodenentwässerung;
 - Elektrizität, einschließlich der Aufstellung notwendiger Transformatoren;
 - Feuermeldeanlage mit Anschluß an die nächste Feuerwache;
 - Telefon- und Telexanschlüsse;
- e) Bau einer Verbindungsstraße zwischen dem Zentrum und der am Grundstück der DLR vorbeiführenden öffentlichen Straße, die in Anlage 1 als „Straße A“ bezeichnet ist;
- f) Bau einer Verbindungsstraße zwischen dem Zentrum und den Rollbahnen des internationalen Flughafens Köln/Bonn, die in Anlage 1 als „Straße B“ bezeichnet ist.

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE EUROPEAN SPACE
AGENCY CONCERNING THE EUROPEAN ASTRONAUTS
CENTRE

The Government of the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Government"),

and the European Space Agency (hereinafter referred to as "the Agency" or "ESA"),

HAVING REGARD to the Convention for the Establishment of a European Space Agency, which was opened for signature at Paris on 30 May 1975² and which entered into force on 30 October 1980 (hereinafter referred to as "the Convention") and, in particular, to Articles VI.1.a and XV.3 thereof and Annex I thereto,

RECALLING the principles, contained in ESA/C-M/LXVII (Final) and ESA/C-M/LXXX/Res. 1 (Final) adopted by the ESA Council, meeting at Ministerial level at Rome and The Hague on 31 January 1985 and 9-10 November 1987, respectively, on the elaboration and execution of the European Long-Term Space Plan and Programmes, and particularly the expansion of ESA manned-space activities as an essential and integral part of a European In-Orbit Infrastructure (hereinafter referred to as "IOI"),

BEARING IN MIND the Agency's overall responsibility, pursuant to ESA/PB-ARIANE/LXXXV/Dec.2 (Final), rev.2, ESA/PB-COLUMBUS/XVIII/Dec.1 (Final), rev.3, ESA/C(89)62 and ESA/C(89)63, for the tasks related to European astronauts, and in particular for their selection, training, qualification and assignment and for the development of associated equipment, as well as ESA/C/LXXXVII/Res.1 (Final) which was adopted by the ESA Council on 28 June 1989 on the basis of ESA/C(89)9, rev.1 and institutes a "single European astronauts corps for ESA activities and programmes",

¹ Came into force on 10 May 1990 by signature, in accordance with article 16 (1).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 1297, p. 161.

NOTING especially the astronaut training, qualification and management requirements produced by the Agency's Columbus and Hermes Programmes, as first established in ESA Council document ESA/C(88)9, and the need to provide adequately in Europe for supporting astronaut activities related to the International Space Station programme, including the training of crew members from International Space Station Partners, and, possibly, from elsewhere,

CONSIDERING the need to provide for an adequate, long-term, European Astronauts Centre for the preparation and training of European flight and ground personnel who will operate segments of the Agency's IOI, and

TAKING NOTE OF the experience gained by German bodies, and particularly that of the Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (hereinafter referred to as DLR), in the field of manned space flight and of the creation of a Crew Training Complex (CTC) within DLR's infrastructure that will perform certain crew training tasks on behalf of the Agency in accordance with ESA/C(89)63

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

PART I: SUBJECT-MATTER OF THE AGREEMENT

Article 1 - Site

1. The Government shall establish, according to an "Erbbaurechtsvertrag" to be concluded in the Agency's favour, an "Erbbaurecht" pertaining to the site registered in the land register of Sieglar, District Rhein-Sieg-Kreis, Page Number 0552, Area Sieglar, Lot 18, Sub-Lot 235, of an area of 8000 square metres, for the purpose of establishing a European Astronauts Centre.
2. The position and area of the site referred to in the previous paragraph are indicated in Annex I to the present Agreement. The Parties recognise and agree that the plan contained in Annex I includes an area designated for the potential expansion of the European Astronauts Centre.

3. The "Erbbaurechtsvertrag" referred to in paragraph 1 of this Article shall specify that the Agency shall be subject to German jurisdiction as regards the registration of the "Erbbaurecht". The "Erbbaurechtsvertrag" shall equally specify that, if the Agency does not waive its immunity in accordance with Article 10.1 of this Agreement, any dispute regarding the interpretation or application of the provisions of the said "Erbbaurechtsvertrag" shall, at the request of either party, be submitted to arbitration according to an agreement to be concluded between the Parties for this purpose. The law applicable and the procedures to be followed for the enforcement of the arbitral award shall be those of German law.

4. As consideration for the "Erbbaurecht" established in conformity with paragraph 1 of this Article, the Agency shall pay the lump sum of DM 100 covering a period of 99 years which in no case shall be repayable.

Article 2 - Use of the Site

1. The Agency shall have exclusive use of the site and of the buildings to be erected thereon, such use being solely for the furtherance of the purposes of the Agency, as defined in the Convention. In particular, the Agency may, as the case may be, enclose the site, lay roads on it, install there and own all items of equipment needed for the operation of the European Astronauts Centre, and, subject to applicable building regulations under German law, build, own and operate there the facilities the Agency considers necessary for the proper operation of the European Astronauts Centre; it may, in addition, display such signs, plaques and flags as it deems appropriate.

2. The Agency may, further, also permit, as part of its own activities, other organisations participating in the Agency's IOI (hereinafter referred to as "IOI-related entities") to install equipment and to operate facilities on the site under ESA's sole control and responsibility. The Government recognises and accepts that activities performed at the European Astronauts Centre by IOI-related entities are essential to fulfilling the Centre's mission and therefore undertakes, subject to national law and regulation, to facilitate the installation and operation of such equipment and facilities on the site, as well as to provide assistance in the equipment's importation and exportation.

3. The rights to use the site, as specified in this Article or elsewhere in the present Agreement, are understood by the Parties also to include the accompanying rights of access necessary for facilitating use of the site, both for ESA staff and contractors and for visitors.

4. As soon as a change in use or in the scale of activities undertaken at the European Astronauts Centre results in the identification of requirements for an expansion of the site or of the buildings thereon, the Agency shall consult with the Government and the Government shall make every effort to accommodate such requirements on the same terms as those applicable to the site under the present Agreement.

Article 3 - Preparation of the Site

The Government shall, at its own expense, ensure that the site is prepared for construction. The services to be provided by the Government in this regard are specified in Annex II to the present Agreement.

PART II: GENERAL SUPPORT AND FACILITIES

Article 4 - General Support

1. The Government shall take all measures necessary to assist the Agency in establishing and maintaining the adequate functioning of the European Astronauts Centre in the Federal Republic of Germany.

2. The Government recognizes and agrees that certain services, amenities and support are required for the proper and efficient operation of the European Astronauts Centre, and for that purpose a separate agreement will be concluded between the Agency and DLR contemporaneously with the present Agreement.

3. In order to facilitate the local application of the present Agreement, the Agency shall closely cooperate with the representatives designated by the Government and with the local authorities.

Article 5 - Telecommunications

The Agency shall have the right to operate telecommunications systems on the site. The Government shall take the appropriate administrative measures to facilitate the Agency's installation and operation of such telecommunications systems in accordance with national law and regulation, and shall in particular arrange for the necessary authorisations to be obtained in due time regarding the installation and operation of fixed and mobile antennas and other equipment related to satellite communications.

Article 6 - Cologne International Airport

For ESA staff members or certain visitors, entry and exit clearance by the frontier police shall be performed at special clearance counters, unless such a procedure is barred by just cause. The frontier authorities shall be notified by the Agency in due time of the entry or exit of the privileged persons concerned. Detailed arrangements for the implementation of the present Article shall be agreed upon between the Agency and the Government.

PART III: STATUS AND RESPONSIBILITY

Article 7 - Applicable Law and Jurisdiction

1. Subject to Annex I to the Convention and to any complementary Agreements that are in force between the Government and the Agency pursuant to Article XXVIII of Annex I to the Convention or in virtue of the application of Article XIX of the Convention, the activities of the Agency in the Federal Republic of Germany shall be governed by German law. If the terms of employment of an Agency employee are not governed by the Agency's staff regulations, then they shall be subject to German law.

2. The Government recognises the importance of the presence at the European Astronauts Centre of experts within the meaning of Article XVII of Annex I to the Convention, and in particular those from IOI-related entities and other space organisations, and therefore undertakes to use its best efforts to facilitate their unimpeded entry into and exit from the Federal Republic of Germany, and to

provide, upon request, administrative assistance in connection with their sojourn in the Federal Republic of Germany.

3. For the application of Article 1.3 above and Article 9.2 below, the Agency shall be deemed to have its domicile at Cologne.

Article 8 - Administrative procedures

1. Staff members of the Agency exercising their functions in the Federal Republic of Germany shall not require a work permit or residence permit and shall furthermore not be subject to the provisions of German law governing aliens' registration provided that they hold the personal card referred to in paragraph 3 of this Article; the same shall also apply to members of their family forming part of their household.

2. The Agency shall inform the Government when a staff member takes up or relinquishes his duties. Furthermore, it shall at least once every year send the Government a list of all staff members and family members forming part of their households. It shall in each case indicate whether or not the person concerned is a German. "German" means a person who is a German in terms of the definition set forth in the Basic Law of the Federal Republic of Germany.

3. The Government shall issue to the staff members of the Agency and to family members forming part of their household a personal card bearing the surname, first name and place of birth, nationality and passport number or identity card number. The personal card shall bear the photograph and signature of the holder. It shall state that the bearer is the beneficiary of privileges and immunities derived from Annex I to the ESA Convention and that that card shall stand in place of a residence permit and of a work permit. This card shall not serve as proof of identity. When the person concerned relinquishes his duties, the Agency shall return this card to the Government.

Article 9 - Liability for Damage

1. If the Federal Republic of Germany should incur by reason of the activities of the Agency on its territory any international legal responsibility for acts or omissions of the Agency, or of its agents acting or abstaining from acting within the limits of their

functions, it shall have the right of recourse to the Agency. Such right of recourse shall not apply if, in a particular case, the same right of recourse is exercised by the Government under Article 5 of the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the European Space Research Organisation concerning the European Space Operations Centre, concluded at Darmstadt on 8 September 1967.

2. The Agency shall be responsible for any injury or damage arising from the site or from the activities of the European Astronauts Centre in the Federal Republic of Germany. Subject to the provisions of Annex I to the Convention, this responsibility shall be governed by German law and be without prejudice to any rights of recourse contracted by the Agency. The Agency shall, in this respect, hold the Federal Republic of Germany harmless from any claim for indemnity based on any damage caused to a third party.

Article 10 - Waiver of Immunity

1. The Agency shall waive its immunity of jurisdiction and execution in the case of a dispute relating to the interpretation or application of the provisions of the Contract referred to in Article 1 of the present Agreement, unless, in the opinion of the Council of the Agency, the matter involves a principle of such importance that it cannot agree to waive its immunity.

2. The Agency shall apply Article IV.1.a of Annex I to the Convention in such a way as to waive its immunity in any dispute covered by Article XXVI of that Annex and involving a claim not exceeding 10,400 (ten thousand, four hundred) Accounting Units, which cannot be settled by way of amicable arrangement, unless, in the opinion of the Council of the Agency, the matter involves a principle of such importance that it cannot agree to waive its immunity.

Article 11 - Liability Insurance

1. The Agency shall carry insurance sufficient to cover its liabilities pursuant to the present Agreement. Such insurance contract shall be concluded with an insurance company licensed under German law.

2. The terms of the insurance contract shall be determined in consultation with the appropriate authorities of the Federal Republic of Germany.

3. The insurance contract shall provide that any person who is not a staff member of the Agency and who suffers injury or damage for which the Agency is responsible, shall have the right to claim damages directly from the insurer.

PART IV: CONSULTATIONS AND SETTLEMENT OF DISPUTES

Article 12 - Consultations

1. The Parties shall exercise their best efforts to overcome any difficulties they may have through early and full consultations.

2. In the event of the Government or those acting on its behalf contemplating measures which might interfere with the activities or affect the status or potential expansion of the European Astronauts Centre, the Government shall first discuss the matter with the Agency and shall act in such a manner as not to reduce the Agency's rights as established in this Agreement.

Article 13 - Arbitration

1. Any dispute arising out of the interpretation or application of the present Agreement which cannot be settled by consultations between the Parties may be submitted by either Party to an arbitration tribunal for resolution in accordance with the terms of paragraphs 2 to 6 of Article XVII of the Convention and such additional rules as have been promulgated thereunder at the time of submission. If either Party intends to submit a dispute to an arbitration tribunal, it shall notify the other Party.

2. For matters that cannot be resolved by reference to the present Agreement or the Convention, the arbitration tribunal mentioned in the previous paragraph shall refer to German law.

PART V: Territorial Application**Article 14 - Berlin Clause**

The present Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the European Space Agency within three months of the date of entry into force of this Agreement.

PART VI: Final Clauses**Article 15 - Status of Annexes**

The Annexes to this Agreement shall form an integral part thereof.

Article 16 - Entry into Force, Revision, Termination

1. The present Agreement shall enter into force on the date of signature thereof by both Parties.
2. This Agreement may be amended at the request of either Party. Amendments shall take effect from the date upon which one Party notifies the other in writing that a written proposal by the latter for amendment has been approved in accordance with its own procedures.
3. Either Party may terminate the present Agreement by giving three years' notice, which shall start to run from the first of January of the year following the year in which such notice has been given.
4. The present Agreement shall terminate on the dissolution of the Agency under the conditions envisaged in Article XXV of the Convention.
5. In the event of the denunciation of the Convention by the Government in accordance with Article XXIV of the Convention, the present Agreement shall terminate on the date on which the denunciation takes effect. Between the date of

the denunciation and the date on which the denunciation takes effect, the Government undertakes to negotiate with the Agency with a view to concluding a special Agreement within the meaning of Article XXIV.2 of the Convention. Pending the outcome of these negotiations and up to the date when the denunciation takes effect, the provisions of this Agreement, as well as the rights and obligations deriving therefrom, shall remain applicable.

Article 17 - Procedure in the Event of Termination

1. In the event of the present Agreement terminating in accordance with the previous Article, the "Erbbaurecht" referred to in Article 1 above shall revert to the Government. In the event of the application of Article 16.3 or 16.4 above, as well as on the expiry of the "Erbbaurecht" through lapse of time, the amount of the indemnity to be paid by the Government for the immovable installations of the Agency then becoming the Government's property shall be determined by mutual agreement.
2. In the cases referred to in paragraph 1 of this Article, the Government shall have the first option on any surplus movable equipment of the Agency on the site.
3. In the event of termination of the present Agreement under Article 16.5, above, the provisions of Article XXIV of the Convention shall apply

[For the testimonium and signatures, see p. 257 of this volume.]

ANNEX I

SITE PLAN REFERRED TO IN ARTICLE 1.1¹

¹ See insert in a pocket at the end of this volume.

ANNEX II

SITE DEVELOPMENT SERVICES REFERRED TO IN ARTICLE 3

The Government shall ensure that the following is provided:

- a) The obtaining of the site for its full development as a complex of equipped buildings free of any indemnification, taxes, duties, administrative charges or compensation to be paid.
- b) Survey of the site.
- c) Preparation of the site, including the clearing of the ground, the felling of trees and the removal of stumps.
- d) Installation up to the limits of the site of connections with the following public utilities:
 - water, during construction and permanently thereafter
 - drains, including ground drains if necessary
 - electricity, including the installation of any necessary transformers
 - a fire alarm system, including a connection to the nearest fire station
 - telephonic and telex connections.
- e) Construction of an access road linking the Centre with the public road adjoining DLR's premises in the position specified as "Road A" in Annex I to this Agreement.
- f) Construction of an access road linking the Centre with the taxiways of Cologne International Airport in the position specified as "Road B" in Annex I to this Agreement.

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET L'AGENCE SPATIALE EUROPÉENNE RELATIF AU CENTRE DES ASTRONAUTES EUROPÉENS

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne (ci-après dénommé "le Gouvernement"),

et l'Agence spatiale européenne (ci-après dénommée "l'Agence" ou "l'ASE"),

VU la Convention portant création de l'Agence spatiale européenne, ouverte à la signature à Paris le 30 mai 1975² et entrée en vigueur le 30 octobre 1980 (ci-après dénommée "la Convention"), et en particulier ses articles VI.1.a et XV.3, et son Annexe I,

RAPPELANT les principes contenus dans les Résolutions ESA/C-M/LXVII/Rés. 1 (final) et ESA/C-M/LXXX/Rés. 1 (final) adoptées par le Conseil de l'ASE réuni au niveau ministériel à Rome et à la Haye, le 31 janvier 1985 et les 9 et 10 novembre 1987 respectivement, relatifs à l'élaboration et à l'exécution du plan spatial européen à long terme et des programmes, et en particulier au développement des activités de vol spatial habité de l'ASE, partie intégrante et indispensable d'une Infrastructure orbitale européenne (ci-après dénommée "l'IOI"),

TENANT COMPTE de la responsabilité globale de l'Agence, en application des documents ESA/PB-ARIANE/LXXXV/Déc. 2 (final), rév. 2, ESA/PB-COLUMBUS/XVIII/Déc. 1 (final), rév. 3, ESA/C(89)62 et ESA/C(89)63, en ce qui concerne les activités relatives aux astronautes européens, et en particulier leur sélection, leur entraînement, leur qualification et leur affectation, ainsi que la réalisation des équipements connexes, TENANT COMPTE également du document ESA/C/LXXXVII/Rés. 1 (final), adopté par le Conseil de l'ASE le 28 juin 1989 sur la base du document ESA/C(89)9, rév. 1 et instituant un "corps unique d'astronautes européens pour les activités et programmes de l'ASE",

NOTANT en particulier les impératifs de formation, de qualification et de gestion des astronautes formulés par les Programmes Columbus et Hermes de l'Agence, tels qu'ils ont été initialement fixés dans le document du Conseil de l'ASE ESA/C(88)9, ainsi que la

¹ Entré en vigueur le 10 mai 1990 par la signature, conformément au paragraphe 1 de l'article 16.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1297, p. 161.

nécessité de pourvoir l'Europe des moyens propres au soutien des activités des astronautes liées au programme de Station spatiale internationale, y compris l'entraînement des membres d'équipage proposés par des Partenaires au programme de Station spatiale internationale et, éventuellement, par d'autres pays,

CONSIDERANT la nécessité d'établir dans le long terme un Centre des astronautes européens propre à la préparation et à l'entraînement du personnel européen de vol et au sol qui exploitera les secteurs de l'IOI de l'Agence, et

PRENANT NOTE de l'expérience acquise par les entités allemandes, notamment celle de la Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (ci-après dénommée la DLR), dans le domaine du vol spatial habité, ET DE la création d'un Complexe d'entraînement des équipages (CTC) dans l'infrastructure de la DLR qui conduira certaines activités d'entraînement des équipages pour le compte de l'Agence conformément au document ESA/C(89)63,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

TITRE I: OBJET DE L'ACCORD

Article premier - Terrain

1. Le Gouvernement constitue, en vertu d'un "Erbbaurechtsvertrag" à conclure, un "Erbbaurecht" en faveur de l'Agence sur le terrain, inscrit au cadastre de Sieglar, district Rhein-Sieg-Kreis, numéro de feuille 0552, zone Sieglar, parcelle 18, sous-parcelle 235, d'une superficie de 8000 m², aux fins de l'établissement d'un Centre des astronautes européens.

2. La situation et la superficie du terrain visé au paragraphe précédent sont indiquées à l'Annexe I du présent Accord. Les Parties reconnaissent et conviennent que le plan figurant à l'Annexe I englobe une zone retenue pour l'agrandissement éventuel du Centre des astronautes européens.

3. "L'Erbbaurechtsvertrag" mentionné au paragraphe 1 du présent Article précise que l'Agence est soumise à la juridiction allemande pour l'enregistrement de "l'Erbbaurecht". "L'Erbbaurechtsvertrag" précise également qu'au cas où l'Agence ne renoncerait pas à son immunité aux termes des dispositions de l'article 10.1 du présent

Accord, tout différend relatif à l'interprétation ou à l'application des dispositions dudit "Erbbaurechtsvertrag" est soumis, à la demande de l'une ou l'autre Partie, à un arbitrage conformément à un Accord à conclure à cet effet entre les Parties. Le droit applicable et les procédures à suivre pour l'exécution de la sentence arbitrale sont ceux du droit allemand.

4. En considération de "l'Erbbaurecht" constitué conformément au paragraphe 1 du présent Article, l'Agence verse l'indemnité globale de 100 DM pour la durée de 99 ans qui ne fera en aucun cas l'objet d'une restitution.

Article 2 - Utilisation du terrain

1. L'Agence a l'usage exclusif du terrain et des bâtiments qui y seront construits, cet usage étant exclusivement réservé à l'exécution de la mission de l'Agence telle qu'elle est définie dans la Convention. L'Agence peut notamment, le cas échéant, clôturer le terrain, y construire des routes, y installer et y posséder tous les équipements nécessaires au fonctionnement du Centre des astronautes européens et, sous réserve de la réglementation de la construction applicable en vertu de la législation allemande, y construire, posséder et exploiter les installations que l'Agence juge nécessaires au bon fonctionnement du Centre des astronautes européens; elle peut en outre y arborer les panneaux, plaques et drapeaux qu'elle juge appropriés.

2. Dans le cadre de ses activités propres, l'Agence peut également autoriser d'autres organisations participant au Programme IOI de l'Agence (ci-après dénommées les "entités liées à l'IOI") à installer des équipements et exploiter des installations sur le terrain sous la responsabilité et le contrôle exclusifs de l'ASE. Le Gouvernement reconnaît et accepte que les activités conduites au Centre des astronautes européens par les entités liées à l'IOI sont indispensables à l'exécution de la mission du Centre et s'engage, sous réserve du droit et des règlements nationaux, à faciliter l'installation et le fonctionnement desdits équipements et installations sur le terrain et à prêter son aide pour l'importation et l'exportation des équipements.

3. Il est entendu par les Parties que les droits d'utilisation du terrain, tels qu'ils sont arrêtés dans le présent Article ou ailleurs dans le présent Accord, englobent également les trois annexes d'accès nécessaires pour faciliter l'utilisation du terrain, tant par les agents de l'ASE que par les contractants et les visiteurs.

4. Dès qu'une modification de l'utilisation du Centre ou de l'importance des activités entreprises au Centre des astronautes entraîne la nécessité d'agrandir le terrain ou les bâtiments qui y sont implantés, l'Agence consulte le Gouvernement et celui-ci fait tout son possible pour faire droit à ces besoins aux mêmes conditions que celles qui sont applicables au terrain en vertu du présent Accord.

Article 3 - Préparation du terrain

Le Gouvernement veille à ses propres frais à ce que le terrain soit prêt à la construction. Les prestations à fournir par le Gouvernement à cet égard sont spécifiées à l'Annexe II du présent Accord.

TITRE II: SOUTIEN GENERAL ET INSTALLATIONS

Article 4 - Soutien général

1. Le Gouvernement prend toutes les mesures nécessaires pour aider l'Agence à établir et à maintenir en bon état de fonctionnement le Centre des astronautes européens en République fédérale d'Allemagne.

2. Le Gouvernement reconnaît et convient qu'un certain nombre de prestations, équipements et soutien sont nécessaires au bon fonctionnement du Centre des astronautes européens; un accord distinct est conclu à cette fin par l'Agence et la DLR en même temps que le présent Accord.

3. Pour faciliter l'application locale du présent Accord, l'Agence coopère étroitement avec les représentants désignés par le Gouvernement et avec les autorités locales.

Article 5 - Télécommunications

L'Agence est habilitée à utiliser des systèmes de télécommunications sur le terrain. Le Gouvernement prend les mesures administratives appropriées pour faciliter l'installation et l'utilisation par l'Agence desdits systèmes de télécommunications conformément au droit et aux règlements nationaux et prend en particulier ses

dispositions pour que les autorisations nécessaires relatives à l'installation et à l'utilisation des antennes fixes et mobiles et autres équipements de télécommunications par satellite soient délivrées en temps utile.

Article 6 - Aéroport international de Cologne

Pour les agents de l'ASE ou certains visiteurs, les formalités d'entrée et de sortie sont accomplies par la police des frontières à des guichets de contrôle spéciaux à moins que cette procédure soit levée pour des motifs justifiés. Les autorités de police des frontières sont avisées en temps utile par l'Agence de l'entrée ou de la sortie des personnes privilégiées en cause. Des arrangements détaillés aux fins d'exécution du présent article sont arrêtés par l'Agence et le Gouvernement.

TITRE III: STATUT ET RESPONSABILITES

Article 7 - Droit et juridiction applicables

1. Sous réserve des dispositions de l'Annexe I de la Convention et de tous Accords complémentaires en vigueur entre le Gouvernement et l'Agence en vertu de l'article XXVIII de l'annexe I de la Convention ou en application de l'article XIX de la Convention, les activités de l'Agence en République fédérale d'Allemagne sont régies par le droit allemand. Lorsque les conditions d'emploi d'un employé de l'Agence ne sont pas régies par le statut du personnel de l'Agence, elles sont assujetties aux lois allemandes.

2. Le Gouvernement reconnaît l'importance de la présence, au Centre des astronautes européens, d'experts au sens de l'Article XVII de l'Annexe I de la Convention, en particulier de ceux des entités liées à l'IOI et autres organisations spatiales, et s'engage donc à faire tout ce qui est en son pouvoir pour faciliter leur libre entrée en République fédérale d'Allemagne et leur sortie de son territoire et à fournir l'assistance administrative demandée à l'occasion de leur séjour en République fédérale d'Allemagne.

3. Aux fins de l'application de l'article 1.3 ci-dessus et de l'article 9.2 ci-dessous, l'Agence élit domicile à Cologne.

Article 8 - Procédures administratives

1. Les membres du personnel de l'Agence exerçant leurs fonctions en République fédérale d'Allemagne n'ont pas besoin de permis de travail ou de permis de séjour; en outre, ils ne sont pas assujettis aux dispositions du droit allemand régissant l'enregistrement des étrangers sous réserve qu'ils soient détenteurs de la carte personnelle mentionnée au paragraphe 3 du présent article; cette disposition s'applique également aux membres de leur famille vivant à leur foyer.

2. L'Agence informe le Gouvernement lorsqu'un membre de son personnel prend ou résilie ses fonctions. En outre, elle communique au moins une fois par an au Gouvernement la liste de tous les membres du personnel et des membres de leur famille vivant à leur foyer. Elle indique dans chaque cas si la personne en cause est ou n'est pas allemande. Le qualificatif d'"allemand" s'applique à toute personne qui est allemande selon la définition qui en est donnée dans la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne.

3. Le Gouvernement délivre aux membres du personnel de l'Agence et aux membres de leur famille vivant à leur foyer une carte personnelle portant leur nom, prénom et lieu de naissance, nationalité et numéro de passeport ou de carte d'identité. La carte personnelle porte la photographie et la signature du titulaire. Il y est précisé que son détenteur jouit des privilèges et immunités découlant de l'Annexe I de la Convention de l'ASE et que cette carte remplace le permis de séjour et de travail. Elle ne sert pas de preuve d'identité. Lorsque la personne en cause résilie ses fonctions, l'Agence renvoie cette carte au Gouvernement.

Article 9 - Responsabilité pour dommages

1. Le Gouvernement a un droit de recours contre l'Agence si la responsabilité juridique internationale de la République fédérale d'Allemagne est engagée du fait des activités de l'Agence liées au Centre des astronautes européens sur son territoire, à raison d'actes ou omissions de l'Agence ou de ses agents agissant ou s'abstenant d'agir dans les limites de leurs fonctions. Ce droit de recours ne s'applique pas si, dans un cas particulier, le même droit est exercé par le Gouvernement en application de l'article 5 de l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et l'Organisation européenne de Recherches spatiales au sujet du Centre européen d'opérations spatiales, conclu à Darmstadt le 8 septembre 1967.

2. L'Agence est tenue responsable de tout préjudice ou dommage provenant du terrain ou découlant des activités du Centre des astronautes européens en République fédérale d'Allemagne. Sous réserve des dispositions de l'Annexe I de la Convention, cette responsabilité est régie par le droit allemand, sans préjudice de tous droits contractuels de recours dont bénéficie l'Agence. A cet égard, l'Agence dégage la République fédérale d'Allemagne de toute demande d'indemnité en cas de dommage causés à des tiers.

Article 10 - Renoncement à l'immunité

1. L'Agence renonce à son immunité de juridiction et d'exécution en cas de différend relatif à l'interprétation ou à l'application des dispositions du contrat ("Erbbaurechtsvertrag") visé à l'article premier du présent Accord sauf si, de l'avis du Conseil de l'Agence, le différend met en cause une question de principe telle qu'il n'y a pas lieu de renoncer à l'immunité.

2. L'Agence applique l'article IV.1.a de l'Annexe I de la Convention en ce sens qu'elle renoncera à son immunité dans tout différend prévu à l'article XXVI de ladite Annexe dont la somme contestée n'excède pas 10 400 (dix mille quatre cents) unités de compte, et qui n'aura pas pu être réglée à l'amiable sauf si, de l'avis du Conseil de l'Agence, le cas soulève une question de principe telle qu'il n'y a pas lieu de renoncer à l'immunité.

Article 11 - Assurance et responsabilité

1. L'Agence souscrit une assurance en vue de couvrir les responsabilités découlant du présent Accord. Cette assurance est souscrite auprès d'une compagnie d'assurance autorisée par la législation allemande.

2. Les dispositions du contrat d'assurance sont fixées en consultation avec les autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne.

3. Le contrat d'assurance prévoit le droit pour toute personne n'appartenant pas au personnel de l'Agence et qui serait victime d'un dommage ou subirait un préjudice dont l'Agence serait responsable, d'intenter directement une action en dommages contre l'assureur.

TITRE IV: CONSULTATIONS ET REGLEMENT DES DIFFERENDS

Article 12 - Consultations

1. Les Parties font tout leur possible, notamment en se consultant sans tarder et complètement, pour surmonter toutes difficultés éventuelles.

2. Si le Gouvernement ou les personnes agissant pour son compte envisagent de prendre des mesures susceptibles de contrecarrer les activités du Centre des astronautes européens ou de porter préjudice à son statut ou à son agrandissement potentiel, le Gouvernement commence par examiner la question avec l'Agence et agit de manière à ne pas restreindre les droits de l'Agence définis dans le présent Accord.

Article 13 - Arbitrage

1. Tout différend né de l'interprétation ou de l'application du présent Accord, et qui n'aura pu être réglé directement par voie de consultation entre les Parties, peut être soumis par l'une ou l'autre des Parties à un Tribunal d'arbitrage conformément aux termes des paragraphes 2 à 6 de l'Article XVII de la Convention et à toutes dispositions additionnelles promulguées en vertu de celle-ci au moment du dépôt de la requête. Si l'une des Parties a l'intention de soumettre un différend à un Tribunal d'arbitrage, elle en donne notification à l'autre Partie.

2. Pour les questions qui ne peuvent être résolues par référence au présent Accord ou à la Convention, le Tribunal d'arbitrage prévu au paragraphe précédent se réfère au droit allemand.

TITRE V: CHAMP D'APPLICATION

Article 14 - Clause relative à Berlin

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne à l'Agence spatiale européenne dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

TITRE VI: CLAUSES FINALES

Article 15 - Annexes

Les Annexes du présent Accord font partie intégrante de celui-ci.

Article 16 - Entrée en vigueur, révision, terminaison

1. Le présent Accord entre en vigueur le jour de sa signature par les deux Parties.

2. Le présent Accord peut être amendé à la demande de l'une ou l'autre Partie. Les amendements prennent effet à la date à laquelle l'une des Parties notifie à l'autre par écrit que la proposition d'amendement écrite faite par celle-ci a été approuvée en application de ses propres procédures.

3. Chaque Partie peut mettre fin au présent Accord avec un préavis de trois ans qui commencera à courir le premier janvier de l'année suivant l'année au cours de laquelle le préavis a été notifié.

4. Le présent Accord prend fin en cas de dissolution de l'Agence dans les conditions prévues à l'article XXV de la Convention.

5. En cas de dénonciation de la Convention par le Gouvernement conformément à l'article XXIV de la Convention, le présent Accord expire à la date à laquelle la dénonciation prend effet. Entre la date de la dénonciation et celle de sa prise d'effet, le Gouvernement s'engage à négocier avec l'Agence en vue de conclure un Accord spécial au sens de l'article XXIV.2 de la Convention. En attendant l'issue de ces négociations et jusqu'à la date où la dénonciation prend effet, les dispositions du présent Accord, ainsi que les droits et obligations en résultant, demeurent applicables.

Article 17 - Procédure applicable en cas de terminaison

1. Au cas où le présent Accord prendrait fin conformément aux dispositions du précédent article, "l'Erbbaurecht" visé à l'article 1 ci-dessus est reversé au Gouvernement. En cas d'application des dispositions de l'article 16.3 ou 16.4 ci-dessus, ainsi qu'à l'échéance de "l'Erbbaurecht", le montant de l'indemnisation que versera le Gouvernement en compensation des installations fixes de l'Agence qui deviendront la propriété du Gouvernement est déterminée d'un commun accord.

2. Dans les cas mentionnés au paragraphe 1 du présent article, le Gouvernement a la priorité pour l'achat du surplus des biens mobiliers de l'Agence sur le terrain.

3. Si le présent Accord prend fin en vertu des dispositions de l'article 16.5 ci-dessus, les dispositions de l'article XXIV de la Convention s'appliquent.

[Pour le testimonium et les signatures, voir p. 257 du présent volume.]

ANNEXE I

PLAN DE SITUATION MENTIONNÉ À L'ARTICLE 1.1¹

¹ Voir hors-texte dans une pochette à la fin du présent volume.

ANNEXE II

SERVICES D'AMÉNAGEMENT DU TERRAIN MENTIONNÉS À L'ARTICLE 3

Le Gouvernement veille à ce que les prestations suivantes soient fournies:

- a) Obtention du terrain pour son aménagement complet en tant que complexe de bâtiments équipés, exemptés de tout versement d'indemnité, impôts, taxes, frais ou compensations administratifs.
- b) Arpentage du terrain.
- c) Aménagement du terrain, y compris nettoyage, abattage des arbres et déracinement.
- d) Installation, jusqu'aux limites du terrain, des raccordements aux réseaux publics suivants:
 - distribution d'eau, pendant la construction et en permanence après celle-ci
 - égouts, y compris la pose de drainages en cas de besoin
 - électricité, y compris l'installation des transformateurs nécessaires
 - pompiers, y compris rattachement au poste d'incendie le plus proche
 - téléphone et télex.
- e) Construction d'une route d'accès reliant le Centre à la voirie publique, adjacente à l'établissement de la DLR, à l'emplacement désigné "route A" dans l'Annexe I du présent Accord.
- f) Construction d'une route d'accès reliant le Centre aux voies de circulation de l'Aéroport international de Cologne à l'emplacement désigné "route B" dans l'Annexe I du présent Accord.

Geschehen zu *Nöcku - Port* am *10. Mai 1990*

in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at *Nöcku - Port* on *10 May 1990*

in duplicate, in the German, English and French languages, each text being equally authentic.

Fait à *Nöcku - Port* le *10 mai 1990*

en double exemplaire en langues allemande, anglaise et française, chaque texte faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:
For the Government of the Federal Republic of Germany:
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

[Signed — Signé]¹

[Signed — Signé]²

Für die Europäische Weltraumorganisation:
For the European Space Agency:
Pour l'Agence spatiale européenne :

[Signed — Signé]³

¹ Signed by Lautenschlager — Signé par Lautenschlager.

² Signed by Heinz Riesenhuber — Signé par Heinz Riesenhuber.

³ Signed by Reimar Lüst — Signé par Reimart Lüst.

